

## Buch: Tarifabschluss Bayern

Nach über einem Jahr zäher und stockender Verhandlungen zwischen ver.di und dem Arbeitgeberverband konnte Mitte Juni ein Tarifabschluss Buchhandel/Buchverlage Bayern erzielt werden, der allerdings kein Anlass zur Freude ist. Vereinbart wurde, dass es bis zum 1. Januar 2016 keine Entgelterhöhung gibt. ver.di kann eine neue Forderung erst nach dem Jahreswechsel und erst für die Zeit ab dem 1. Januar 2016 stellen. Der von Arbeitgeberseite gekündigte Manteltarifvertrag wird rückwirkend zum August 2014 wieder geschlossen und kann erstmals wieder zum 31. März 2016 gekündigt werden.

Dieser Abschluss ist ein deutlicher Warnschuss an die Belegschaften in der Buchbranche, denn er gibt den tarifgebundenen Beschäftigten nur noch eine kurze „Galgenfrist“. Anders als in den letzten Jahren gab es ohne den Streikdruck – zum Beispiel durch die Kolleginnen und Kollegen bei Weltbild – in diesem Jahr keine Möglichkeit, eine Entgelterhöhung auszuhandeln. Anfang 2016 kann dafür ein neuer Anlauf genommen werden, dessen Erfolg aber im Wesentlichen von den Aktivitäten der Beschäftigten abhängt. Der Manteltarifvertrag wird die Branche noch für neun Monate zusammenhalten. Leider ist davon auszugehen, dass der Arbeitgeberverband den Manteltarifvertrag erneut kündigen und im Frühjahr gravierende Verschlechterungen des Manteltarifvertrags fordern wird. Höchste Zeit, dass die Beschäftigten sich mit dieser Situation auseinandersetzen, sich organisieren und engagieren, um zu verhindern, dass dieser (sehr gute!) Manteltarifvertrag 2016 endgültig verloren geht.:

<http://tinyurl.com/odu7fkh>

## dpa: Faire Bedingungen gefordert

Faire Bedingungen für die festen freien Fotojournalistinnen und -journalisten der Deutschen Presse-Agentur fordern der DJV und die dju in ver.di. Anlass war die am 1. Juni in Berlin beginnende dritte Verhandlungsrunde mit der dpa über Honorare und Vertragskonditionen des festen Stamms freier Mitarbeiter im Bereich Fotojournalismus. DJV und dju fordern unter anderem eine Anhebung der seit mehreren Jahren unveränderten Vergütungssätze für Fotoaufträge, klare Regelungen zum Urlaubsentgelt sowie die Beibehaltung und Klarstellung von Regelungen zur Übernahme von Auslagen wie Fahrtkosten und Datenkommunikation.

<http://tinyurl.com/qbd6ymf>



Protest vor dem Pressehaus am 12. Juni.

Foto: Joachim E. Roettgers/www.graffiti-foto.de

SWMH:

## Zusammengelegt und geschrumpft?

Die Südwestdeutsche Medien-Holding (SWMH) legt die „Stuttgarter Zeitung“ und die „Stuttgarter Nachrichten“ zusammen, künftig soll es nur noch eine Redaktion für zwei Zeitungen geben. Bis zu 35 Vollzeitstellen sollen insgesamt gestrichen, 15 neue Stellen geschaffen werden. Im Zuge dieser Fusion soll zum 1. April 2016 eine neue Gesellschaft gegründet werden.

Die SWMH-Konzernleitung um Geschäftsführer Dr. Richard Rebmann bezeichnet in ihrer Veröffentlichung diesen „neuen Stuttgarter Weg“ als Zukunftsprogramm. ver.di-Konzernbetreuer Uwe Kreft sagte dazu: „Was an dem neuen Stuttgarter Weg neu und gleichzeitig Zukunft sein soll, erschließt sich mir noch nicht ganz. Übrig bleibt, dass durch diese Maßnahme eine Streichung von 35 Vollzeitstellen erfolgt, was zu einer erheblichen Personalkostenreduzierung einerseits und zu entsprechender Leistungsverdichtung andererseits führt. Positiv und hoffentlich zukunftsweisend für den Konzern ist lediglich die Tatsache, dass die neue Gesellschaft tarifgebunden sein soll.“

Kurz nachdem die Betriebsräte über die Zusammenlegung informiert wurden, gab es bereits die nächste schlechte Nachricht von der Verlagsspitze. Offenbar steht „Sonntag Aktuell“, die als siebte Ausgabe mehrerer Tageszeitung erscheint, zur Disposition. Grund hierfür seien nach ver.di-Informationen wirtschaftliche Gründe sowie die Kündigungen der Partnerverlage „Heidenheimer Zeitung“ und der „Ulmer Südwestpresse“. Bleiben die Part-

nerverlage bei der Kündigung oder springen noch mehr Partnerverlage von den Verträgen ab, steht „Sonntag Aktuell“ vermutlich vor dem Aus.

Allein als Sonntagsausgabe der beiden Stuttgarter Konzernblätter wird „Sonntag Aktuell“ voraussichtlich nicht weitergeführt. SWMH-Geschäftsführer Alexander Paasch formulierte dies nach ver.di-Informationen so: „Ein Stuttgarter Alleingang ist nicht denkbar. Wir sind schließlich keine caritative Einrichtung.“ Deshalb werde schon länger über das Geschäftsmodell von „Sonntag Aktuell“ gebrübelt. Eine Marktforschung wurde initiiert und die Ergebnisse wurden ausgewertet. In den Redaktionen von „Stuttgarter Zeitung“ und „Stuttgarter Nachrichten“ soll nach Medienberichten bereits ein Dummy kursieren, der „Sonntag Aktuell“ ersetzen soll.

Sollte es zur Einstellung von „Sonntag Aktuell“ kommen, wären voraussichtlich zahlreiche Arbeitsplätze in Verlag und Druckerei in Gefahr.

ver.di-Informationen zur SWMH:

[www.sverdimh.de](http://www.sverdimh.de)

## David kämpft für Goliath

Die Redaktionsfusion von „Stuttgarter Zeitung“ und „Stuttgarter Nachrichten“ führt auch zu Protest bei der alternativen „Kontext-Wochenzeitung“ in Stuttgart. Das Blatt startet die Initiative „David kämpft für Goliath“ für den „Erhalt der Pressevielfalt“.

<http://tinyurl.com/ovjrbrm>

Anhörung im Landtag:

# Pressevielfalt in Hessen in Gefahr

Die Vielfalt der Presse ist wichtig für eine lebendige und funktionierende Demokratie: Darin waren sich bei einer Anhörung im Hauptausschuss des Hessischen Landtags am 10. Juni 2015 alle einig. Damit dieser Grundpfeiler erhalten bleibt, sind jedoch neue und innovative Ideen gefordert – und auch die Unterstützung der Politik.

Anträge zu dem Thema hatten die SPD sowie (gemeinsam) CDU und Grüne eingebracht. Die SPD regte unter anderem eine staatliche Stiftung an, was aber eher kontrovers diskutiert wurde. Unterstützt wurde der Vorstoß von dem Gießener Medienwissenschaftler Henning Lobin, der beklagte, dass Auflagen und Umsätze immer weiter zurückgehen: „Irgendwann ist der Nullpunkt erreicht.“ Bei seinen Studenten sei zu beobachten, dass diese keine Zeitung mehr lesen. Allerdings würden sie auch keine Online-Portale nutzen und davon ausgehen, dass relevante Nachrichten sie schon irgendwie erreichen würden. Damit widersprach Lobin anderen Experten, die davon ausgehen, dass noch nie so viele Medien konsumiert worden sind wie heute – nur halt nicht mehr für Geld. Sinnvoll seien unter anderem staatliche Starthilfen für neue Medienangebote, auch im digitalen Bereich, sagte Lobin. Die Ausbildung der Journalisten, die CDU und Grüne verbessert sehen wollen, sei nicht das eigentliche Problem – darin waren sich alle einig. Manfred Moos, ver.di-Landesfachbereichsleiter Hessen, beklagte jedoch, dass sich immer mehr Verlage aus der Tarifbindung verabschieden. Würde dies so weiter gehen, sei auch der Ausbildungstarifvertrag gefährdet, der aktuell noch eine solide und fundierte Ausbildung gewährleiste. Durch die andauernde Tariffucht werde zudem der Beruf des Journalisten immer unattraktiver. In Hessen sei seit dem Jahr 2000 jede fünfte Stelle in den Redaktionen weggefallen. Besonders krass sei die Situation bei der Frankfurter Rundschau, wo es einmal fast 2000 Mitarbeiter in Verlag und Druckerei gab – heute sind es noch 35. Moos sprach von einem „Abbau in immensem Umfang“.

Er selbst habe viele Insolvenzen und Übernahmen begleiten müssen, sagte Moos. Er nannte das aktuelle Beispiel des bisher familiengeführten Darmstädter ECHOs, das in diesem Jahr von der Verlagsgruppe Rhein-Main (VRM) übernommen wird. Bedauernd sei, dass es keine konkreten Zahlen aus den Verlagen gebe, nicht einmal Betriebsräte würden alle Zahlen kennen. Und eine Pressestatistik gebe es auch nicht. Diese habe der Bund vor einigen Jahren eingestellt.

In Hessen gebe es noch 31 Zeitungstitel von zehn Verlagen, erläuterte Moos bei der Anhörung. Nur noch fünf Tageszeitungen seien



Einheitsbrei statt Pressevielfalt

Foto: Manfred Moos

tarifgebunden. In Nordhessen dominiert die Ippen-Gruppe, in Südhessen demnächst die VRM. Besonders schlimm sei die Lage in den Lokalredaktionen, die ebenfalls vom Sparkurs betroffen seien. Dadurch verliere die Zeitung ihre eigentliche Kompetenz, kritisierte Moos. Und auch das Argument, dass Fernsehen und Hörfunk den lokalen Markt ebenso bedienen könnten, ließ Moos nicht gelten. Schließlich würden die digitalen Medien oft erst auf lokale Ereignisse aufmerksam, wenn Lokalzeitungen darüber berichten.

Immer wieder angesprochen wurde das Thema Mindestlohn. Die Zeitungsverleger haben für die Zeitungszusteller eine Sonderregelung durchgesetzt. Der Mindestlohn beträgt für sie in diesem Jahr nur 6,38 Euro, im kommenden Jahr soll er auf 7,23 Euro steigen – also weit unter den 8,50 Euro, die ansonsten gelten. Dass der Mindestlohn die Kosten der Verlage derart in die Höhe treibt, dass dies zu wirtschaftlichen Problemen führt, glaubt nicht nur Moos nicht. Er regte an, über einen Mindestlohn für freie Journalisten nachzudenken. Denn das Vergütungsmodell, das Gewerkschaften und Verleger ausgehandelt haben, werde in der Praxis kaum angewandt. Und wer eine solche Bezahlung einfordere riskiere, keine Aufträge mehr zu bekommen.

Rainer Gefeller, Chefredakteur der Frankfurter Neuen Presse, beklagte bei der Anhörung Arbeitsverdichtung und vor allem Relevanzverlust. Daran seien die Medien aber auch zum Teil selbst schuld, weil man sich ständig beklage, wie schlecht es einem gehe. Er forderte eine verstärkte Zuwendung zur Digitalisierung, an der man nicht vorbeikomme. Und

er sprach von „Waffengleichheit“, die geschaffen werden müsse. Denn öffentlich-rechtliche Medien würden immer mehr im Kernbereich der Print-Medien wildern.

Das beklagte auch Hans-Georg Schnücker, Sprecher der Geschäftsführung der VRM und Vorsitzender des Verbands Hessischer Zeitungsverleger. Facebook, Google und viele andere Konzerne, die mit Deutschland eigentlich gar nichts zu tun hätten, greifen laut Schnücker Werbegeld in Milliardenhöhe ab. Es würde den Verlagen helfen, wenn der ermäßigte Mehrwertsteuersatz auch auf digitale Medien (E-Paper etc.) ausgeweitet würde. Und es würde helfen, wenn den Verlagen Fußfesseln abgenommen würden, die sie hindern, noch mehr auf dem Werbemarkt und auf anderen Märkten umzusetzen. Er nannte in diesem Zusammenhang unter anderem Datenschutz- und Kartellrechts-Vorschriften.

FAZ-Herausgeber Werner d'Inka kritisierte den „unfairen Wettbewerb“ mit den öffentlich-rechtlichen Medien und mit den internationalen Konzernen. So gebe es mittlerweile viele kostenlose Leseangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, was bisher eine ganz klare Domäne der Print-Medien gewesen sei. Der Hauptausschuss wollte bei der Fragerunde vor allem wissen, wie innovative Konzepte und neue Geschäftsmodelle aussehen könnten. Er wird sich am 8. Juli wieder mit dem Thema beschäftigen.

Gekürzte Version, Langfassung im Netz:

<http://tinyurl.com/ombhpyq>

„Wetzlarer Neue Zeitung“

# Abschied vom Tarif

**Die Geschäftsführung von Wetzlardruck (Wetzlarer Neue Zeitung) hat in einer Hausmitteilung erklärt, das Unternehmen sei ab 1. Juli 2015 nur noch Mitglied „ohne Tarifbindung“ (OT) in den Verbänden der Druckindustrie und der Zeitungsverlage.**

ver.di verurteilt die Tariffucht scharf. Auch die Beschäftigten bei Wetzlardruck haben in den letzten Jahren in den Tarifverhandlungen auf reale Einkommenszuwächse verzichtet und immer mehr Aufgaben übernommen. Statt dies zu würdigen, soll bei Wetzlardruck jetzt auch noch der Tarifschutz genommen werden. Aktuell wird sich für Beschäftigten erst einmal nichts ändern. Die mittel- und langfristigen Folgen des Wechsels in OT können aber gravierend sein.

Auch nach dem Wechsel des Unternehmens in eine OT-Mitgliedschaft bei den Arbeitgeberverbänden bleibt die Tarifbindung für die Mitglieder von ver.di in jedem Fall bis zum jeweiligen Auslaufen der aktuell bestehenden Tarifverträge bestehen. Dies gilt auch für bisher nicht organisierte Kolleginnen und Kollegen, die vor dem Auslaufen der Flächentarifverträge Mitglied der ver.di werden.

Nach einer Kündigung der Flächentarifverträge auf der Ebene des Arbeitgeberverbandes und der Gewerkschaft wirken die gekündigten Tarifverträge für die Gewerkschaftsmitglieder gemäß Tarifvertragsgesetz nach. Und zwar so lange, bis sie durch eine andere Regelung abgelöst werden. Dies wäre in erster Linie ein neuer (Haus-)Tarifvertrag – es kann aber auch ein geänderter Arbeitsvertrag sein. Deshalb ist Vorsicht bei allen Aufforderungen zu Änderungen am Arbeitsvertrag geboten: Nichts vorschnell unterschreiben, rät ver.di, sondern sich Beratung holen. Rechtlich nicht

zulässig sind Betriebsvereinbarungen zu Tarifthemen. Sollten dennoch Regelungen zum Beispiel zur Dauer der Arbeitszeit und zur Höhe von Gehältern getroffen werden, sind sie nicht rechtswirksam. Ansprüche aus solchen rechtswidrigen Vereinbarungen können vor den Arbeitsgerichten nicht durchgesetzt werden.

Erste konkrete Folgen hat die Tariffucht bei künftigen Tarifabschlüssen. Auf tariflich vereinbarte Gehaltserhöhungen besteht dann kein Anspruch mehr. Damit wird es ins Belieben der Geschäftsführung gestellt, ob Gehaltserhöhungen gewährt werden und ob bei Neueinstellungen die tariflichen Mindeststandards noch gelten. Der laufende Gehaltstarifvertrag für Redakteurinnen und Redakteure ist frühestens zu Ende 2015 kündbar. Neben den Lohn- und Gehaltstarifverträgen gibt es eine Reihe weiterer Tarifverträge. Wichtig ist insbesondere der jeweilige Manteltarifvertrag. Er regelt Arbeitszeit, Zuschläge, Urlaub, tarifliches Urlaubsgeld und tarifliche Jahresleistung. Die Manteltarifverträge für die Druckindustrie und für die Redakteurinnen und Redakteure sind derzeit ungekündigt. Sie gelten deshalb auch bei Wetzlardruck unverändert bis zu einer evtl. Kündigung durch die Tarifvertragsparteien (Arbeitgeberverband und Gewerkschaft) bis zum Ablauf der Kündigungsfrist weiter. Auch diese Tarifverträge wirken nach Ablauf der Kündigungsfrist nach, wenn man vor dem Auslaufen Mitglied der Gewerkschaft geworden ist. Wetzlardruck ist nach eigenen Angaben der größte Zeitungsverlag in Mittelhessen. Seine Zeitungsgruppe Lahn-Dill mit ihren sechs Lokalausgaben hat täglich mehr als 200.000 Leser. In Verlag und Druckerei sind rund 300 Menschen beschäftigt.

„Rüsselsheimer Echo“ verkauft:

## Ohne Tarif zur Frankfurter Societät

**Die Tageszeitung „Rüsselsheimer Echo“ aus dem Verlag des Darmstädter Echo wird an die Mediengruppe der Frankfurter Societät verkauft. Ein entsprechender Vertrag wurde am 11. Juni unterzeichnet.**

Den Verkauf hatte das Bundeskartellamt zur Voraussetzung dafür gemacht, dass für die bereits am 2. Februar 2015 bekannt gegebene Übernahme der Echo Medien durch die Verlagsgruppe Rhein Main (VRM, Mainz) die kartellrechtlich erforderliche Zustimmung erteilt wird. Das Kartellamt hatte auf den Verkauf bestanden, weil die VRM ebenfalls in Rüsselsheim bereits die „Main-Spitze“ herausgibt, die mit dem Rüsselsheimer Echo im Wettbewerb steht.

Grundsätzlich sei es zwar positiv, dass ein potenter Käufer gefunden worden sei und damit

der Wettbewerb und die publizistische Vielfalt in der Region erhalten blieben, bewertet Manfred Moos, ver.di-Landesfachbereichsleiter Hessen, den Verkauf. Die Gewerkschaft sei aber überhaupt nicht damit einverstanden, dass mit dem Übergang an einen neuen Eigentümer die Tarifbindung aufgegeben werden soll. Nach ver.di vorliegenden Informationen hat die tarifgebundene Frankfurter Societät, die unter anderem die „Frankfurter Neue Presse“ herausgibt, für den Erwerb des Rüsselsheimer Echos eigens eine tariflose Tochtergesellschaft gegründet.

Link zur Internetseite des ver.di-Landesfachbereichs Medien, Kunst und Industrie Hessen:

<http://tinyurl.com/q3rltxk>

## Für die Panoramafreiheit

**Als „vernünftige Entscheidung“ begrüßt die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di die Haltung des EU-Parlaments zur Panoramafreiheit.**

„Wie erwartet, hat das EU-Parlament einen Eingriff in die Panoramafreiheit nicht für notwendig erachtet. Das ist richtig so“, sagte dju-Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß. Zuvor hatte das EU-Parlament einen Vorschlag des Rechtsausschusses abgelehnt, der zu einer Einschränkung der Panoramafreiheit bei gewerblicher Nutzung von Abbildungen geführt hätte.

Die vielfach und lautstark geäußerten Bedenken, die ungehinderte journalistische Arbeit im öffentlichen Raum könne gefährdet werden, ist damit vom Tisch“ betonte Haß. Nun gehe es darum eine EU-weite Stärkung der Rechte von Urheberinnen und Urhebern anzugehen und für die Akzeptanz und Klarheit der Urheberrechte in der digitalen Transformation zu sorgen. „Das ist eine der großen Herausforderungen, der sich die EU ebenso wie die nationalen Regierungen im Rahmen der weiterhin anstehenden Urheberrechtsreform stellen müssen“ stellte Haß klar.

## Madsack schließt Druckerei

Die Mediengruppe Madsack, an der unter anderem die SPD-Medienholding DDVG beteiligt ist, plant ihre Druckerei in Hannover zum Jahreswechsel zu schließen und die Druckaufträge an eine Druckerei ohne Tarifbindung zu vergeben. Dadurch sind 180 Arbeitsplätze gefährdet. Als Betriebsrat und Beschäftigte Protestaktionen gegen die Schließung ankündigten, kündigte der Axel-Springer-Verlag kurzfristig die Druckaufträge. Am Freitag, 10. Juli 2015, wurde die „Bild“ zum letzten Mal in Hannover gedruckt.

Link zur ver.di-Pressemitteilung:

<http://tinyurl.com/pdxgc4r>

## NSA späht Spiegel aus

Eine massive Verletzung von Grundrechten befürchtet die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di, sollten sich die Mutmaßungen bewahrheiten, dass das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ durch US-Behörden ausgespäht wurde. „Wenn Medien bei ihrer Arbeit bespitzelt werden, ist das ein Eingriff in die Pressefreiheit.“

Zu klären wird nun sein, inwieweit die Bundesregierung darüber informiert wurde oder die US-Aktivitäten sogar toleriert hat. Da geht es dann nicht länger um die Frage, ob es sich dabei um ein unter Freunden angemessenes Verhalten handelt. Die Bundesregierung muss vielmehr endlich aufklären, wer wann wen bespitzelt hat und welche Rolle beispielsweise der Verfassungsschutz in dieser Frage spielt.

Link zur dju-Pressemitteilung:

<http://tinyurl.com/nlspzfv>

Junge dju:

# Fuß-Fassen-Tour in Berlin

Die „Fuß-Fassen-Tour“ der Jungen dju und der Jugendpressen in Berlin und Brandenburg im ver.di-Haus in Berlin am 12. Juni 2015 bot rund 40 junge Leute ein abwechslungsreiches Programm. Nach einer Darstellung der journalistischen Ausbildungswege von Susanne Stracke-Neumann konnten die Teilnehmer auswählen: Sollten sie einen kurzen Moderationskurs bei Bernd Fiedler vom Bundesvorstand der Jugendpresse Deutschland besuchen oder eine Inforunde mit Sascha Langenbach über „Medien, Macher, Manipulation“ oder mit Stefanie Helbig die „Wege, Stolpersteine und Chancen“ als Freie beim Fernsehen erkunden am Beispiel einer Produktionsfirma, die zum Beispiel für das Wirtschafts- und Verbrauchermagazin „Wiso“ des ZDF Berichte herstellt?

In der zweiten Runde bekamen dann alle, die den Moderationskurs wegen der beiden anderen Themen nicht gewählt hatten, eine zweite Chance bei Bernd Fiedler. Viel mehr Zeit hätten sich Thilo Schmidt, der oft Reportagen und Dokumentationen für den Deutschlandsender

Al-Jazeera-Journalist

## Festnahme von Ahmed Mansur

**Die Bundespolizei hatte am 20. Juni den Al-Jazeera-Journalisten Ahmed Mansur auf dem Flughafen Berlin-Tegel festgenommen. Ihm drohte die Auslieferung nach Kairo. Die Kairoer Justiz hat ihn in Abwesenheit - er lebt schon lange in Katar - im vergangenen Jahr zu einer Haftstrafe von 15 Jahren verurteilt. Der Vorwurf: Er soll am Rande einer Demonstration im Frühjahr 2011 auf dem Tahrir-Platz in Kairo einen Anwalt misshandelt haben. Mansur bestreitet dies.**

Die Festnahme in Berlin warf einige Fragen auf. Bisher ist ungeklärt, warum die Bundespolizei einen ägyptischen Haftbefehl vollstreckte, obwohl Interpol nach Medienberichten zweimal vor politischer Verfolgung Mansurs bei einer Auslieferung gewarnt hatte. Dass die Festnahme unmittelbar nach dem Staatsbesuch von Ägyptens Präsident Abdelfattah Al-Sisi durchgeführt wurde, lässt dies ebenfalls fragwürdig erscheinen.

Die dju in ver.di begrüßte die Freilassung von Ahmed Mansur am 22. Juni. „Aufgrund der mehr als fragwürdigen Hintergründe, die zur Verhaftung von Ahmed Mansur geführt haben, gab es keine Alternative zur sofortigen Freilassung. Aus Sicht der dju in ver.di hätte er gar nicht erst fest gesetzt werden dürfen, da kein internationaler Haftbefehl gegen ihn vorliegt“, sagte Cornelia Haß, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di. Daher müsse nun aufgeklärt werden, auf welcher Grundlage die zuständigen Bundesbehörden entschieden hätten, den ägyptischen Haftbefehl in die na-



Stefanie Helbig bei Fuß Fassen Berlin 2015

Foto: Henrik Nürnberger

tionale Fahndung zu nehmen. „Es darf nicht sein, dass deutsche Behörden zu Vollstreckern eines autoritär anmutenden Regimes werden, in dem die Justiz nicht nach rechtsstaatlichen Prinzipien handelt“, kritisiert Haß. Laut Angaben der Staatsanwaltschaft sei Mansur auf Grundlage eines ägyptischen Haftbefehls, der in die bundesdeutsche Fahndung gegeben worden sei und nicht infolge eines Interpol-Haftbefehls, festgesetzt worden. Im vergangenen Jahr war der ägyptische TV-Reporter durch ein Kairoer Gericht in Abwesenheit zu 15 Jahren Haft verurteilt worden, weil er während der Proteste in Kairo im Frühjahr 2011 einen Anwalt festgehalten und gefoltert haben soll.

Nach Informationen der Internationalen Journalisten-Föderation (IJF), zu der auch die dju in ver.di gehört, hätten die Anwälte des Fernsehsenders Al-Jazeera, für den Mansur als Reporter tätig ist, bereits vergangenen Oktober ein Schreiben von Interpol erhalten, in dem ihnen mitgeteilt wurde, dass der Antrag der ägyptischen Regierung auf einen Interpol-Haftbefehl für Mansur abgelehnt worden war. Dass die ägyptische Justiz alles andere als unabhängig sei und politisch gelenkt werde, stehe außer Frage, so Haß weiter. Zudem gerieten Journalisten und Medien immer wieder ins Visier der neuen ägyptischen Regierung unter Staatspräsident Abdelfattah Al-Sisi. Wie Reporter ohne Grenzen berichtet, bestünden Presse- und Meinungsfreiheit in Ägypten nur auf dem Papier.

<http://tinyurl.com/ntn7x57>

lange Jahre Redakteur und Chefreporter beim Berliner Kurier, jetzt Pressesprecher beim Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg. Danach diskutierten Teilnehmer und Referenten im Plenum über die Inforunden.

<http://tinyurl.com/q6kvj3l>

### Rede von Frank Werneke

Frank Werneke befasste sich in einer mit viel Applaus versehenen Rede auf der Betriebsversammlung im Berliner Verlag am 24. Juni mit der Lage im Zeitungsmarkt, den Folgen der Konsolidierung für die Arbeitnehmer/innen und ging auf die Zergliederung bei M. DuMont Schauberg ein. Er verwies aber auch auf Alternativen von ver.di zu den Unternehmensentwicklungen:

<http://tinyurl.com/qg3dxkj>

### Twitter-Tipps



Fachgruppe  
Verlage, Druck  
und Papier:  
**@vdp\_in\_verdi**  
die dju:  
**@djuverdi**  
Tarifinfos:  
**@tarif\_medien**

### Impressum

Der Verlagsnewsletter ist eine Publikation der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Bundesfachbereich 8

Bereich Medien, Paula-Thiede-Ufer 10  
10112 Berlin

V.i.S.d.P.: Matthias von Fintel

Tarifsekretär Medien

Redaktion: Silke Leuckfeld

<http://tinyurl.com/o2jwqhg>

**DIE STÄRKE VON VER.DI WÄCHST MIT JEDEM MITGLIED - DER BEITRITT LOHNT SICH.**  
<https://mitgliedwerden.verdi.de/>